Ä288 Ideenschmiede und Zukunftslabor: Wissenschaft und Hochschule

Antragsteller*in: KV Frankfurt Oder
Beschlussdatum: 14.11.2018

Änderungsantrag zu 2.3

In Zeile 7 einfügen:
Nach dem Ende des Hochschulpakts von Bund und Ländern im Jahr 2020 erwarten wir, dass der Bund seine Förderung von derzeit vier auf mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr erhöht. Erfolgreiche Projekte aus dem Qualitätspakt Lehre wollen wir verstetigen. Eine Finanzierung der Hochschulen durch die Einführung von Studiengebühren lehnen wir ab. Versteckte Studiengebühren, wie die Rückmeldegebühren wollen wir abschaffen, da sie nicht geeignet sind die Finanzierung der Hochschulen nachhaltig zu verbessern und eine nicht gerechtfertigte Belastung der Studierenden darstellen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2017 zur Verfassungswidrigkeit der von 2001 bis 2008 erhobenen Rückmeldegebühren im Land Brandenburg, müssen diese – wie im Land Berlin bereits geschehen – auch in Brandenburg endlich zurückgezahlt werden. Die Landesregierung versucht sich mit fadenscheinigen Behauptungen über eine Verjährung vor der Rückzahlung zu drücken. Wir setzen uns selbstverständlich dafür ein, die zu Unrecht erhobenen Gebühren zügig und unbürokratisch zurückzuzahlen.